



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Jens Spahn MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-79309
F 030. 227-76814

jens.spahn@bundestag.de
www.cducusu.de

Berlin, 11. Mai 2023

Das wirtschaftspolitische Chaos der Ampelkoalition geht weiter – zum BMWK-Arbeitspapier für einen Industriestrompreis

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Bekenntnis ist eindeutig: Deutschland soll zu einem klimaneutralen Industrieland werden. Für den Erhalt des Industriestandorts Deutschland, für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit und für das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft sind die Höhe der Energie- und speziell der Strompreise ein entscheidendes Thema. Die Energie- und Strompreise sind bislang nicht auf das Niveau vor Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine zurückgekehrt. Damit ist auch absehbar nicht zu rechnen. In der Folge drohen Betriebsschließungen und -abwanderungen samt Wohlstandsverlust im großen Umfang. Schon jetzt werden in der Industrie jeden Tag Investitions-Entscheidungen gegen den Standort Deutschland getroffen.

CDU/CSU sind angesichts der Bedeutung des Themas für die Zukunft Deutschlands grundsätzlich bereit, gute und richtige Vorschläge zur Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandortes mit zu erarbeiten und zu unterstützen. Wir haben ebenso unsererseits bereits Pläne u.a. für ein Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte (Bundestagsdrucksachen 20/1499 und 20/6542) sowie zur Sicherung der Stromversorgung (Bundestagsdrucksachen 20/5543 und 20/5984) vorgelegt.

Das Arbeitspapier des BMWK zu einem Industriestrompreis wirft aktuell jedoch mehr Fragen auf als es beantwortet. Vor diesem Hintergrund sind in der Debatte um einen Industriestrompreis folgende Punkte maßgeblich:

- 1. Erst das Angebot verknappen und dann die hohen Preise mit einem Geldregen zu korrigieren wollen – was ist das für eine Strategie?**

Das BMWK verpasst die Chance zu einer energiepolitischen Kurskorrektur: das Angebot muss ausgeweitet werden. Energiepolitische Fehlentscheidungen lassen sich durch einen Geldregen nicht korrigieren. Weiterhin gilt: Je höher das Angebot, desto niedriger die

Preise. Die drei Mitte April 2023 außer Betrieb genommenen Kernkraftwerke müssen kurzfristig und bis mindestens Ende 2024 wieder ans Netz. Zudem sollten die drei zum Jahresende 2021 stillgelegten Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen wieder in einen betriebsbereiten Zustand versetzt werden. Die von der Ampel eingeführte Erlösabschöpfung bei den Strompreisen war falsch konzipiert und ist zu einer Bremse für den Ausbau der erneuerbaren Energien geworden. Alle Potentiale des kurzfristigen Ausbaus der Heimatenergien müssen ausgeschöpft werden, u.a. bei der Biomasse und der Solarenergie.

2. Wer soll warum und unter welchen Bedingungen profitieren und wer wieso nicht? Wieviel kostet das, wie soll das finanziert werden?

Das Arbeitspapier des BMWK enthält erhebliche Unklarheiten und Schwachstellen. Die nähere Definition des Empfängerkreises für einen Industriestrompreis bleibt offen. Mittelstand, Handwerk, Dienstleistungs- und Familienunternehmen drohen gleich ganz außen vor zu bleiben. Wie sich die Höhe eines Industriestrompreises von sechs Cent herleitet und wie sich daraus der angegebene Finanzbedarf ermittelt, ist unklar. Das gilt auch für die Frage, wie ein so konstruierter Industriestrompreis die beihilferechtliche Genehmigung der EU-Kommission erhalten soll. Wenn zur Finanzierung der Wirtschaftsstabilisierungsfonds einfach umgewidmet werden soll, ist das haushaltsrechtlich unzulässig. Den angedeuteten Einstieg in ein Strompreiszonenmodell, das Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt gefährdet, lehnen wir entschieden ab. Dass das BMWK explizit an die Strompreisbremse anknüpfen möchte, verheißt wenig Gutes, haben doch ihre Anforderungen und die mit ihr verbundene Bürokratie dazu geführt, dass wenige Unternehmen profitiert, geschweige denn Anträge auf Hilfe gestellt haben.

3. Wie kommen wir zu schneller Stromkosten-Entlastung für alle?

Statt langer Diskussionen sind jetzt schnell wirkende Maßnahmen beim Strompreis notwendig. Wie in unserem Entwurf für ein Gesetz zur Sicherung bezahlbarer Stromversorgung vorgeschlagen, sollten zuerst, unverzüglich und jedenfalls bis Ende 2024 die Stromsteuer (auf das europarechtlich zulässige Minimum) und die Umsatzsteuer auf Strom (ermäßigter Satz) abgesenkt und zudem die Netzentgelte mindestens halbiert werden. Damit wird unmittelbar und unbürokratisch den Bedürfnissen der Industrie, des Mittelstands und des Handwerks sowie auch aller privaten Haushalte Rechnung getragen. Möglichst niedrige Steuern sind eine Maßgabe der Ordnungspolitik – für die Steuern auf Strom gilt das gerade jetzt umso mehr.

4. Wie stehen der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister zum Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers?

Das energiepolitische Ampel-Chaos geht weiter. Der Bundeskanzler hat im Wahlkampf 2021 einen Industriestrompreis von vier Cent als Ziel ausgegeben, will zwei Jahre später aber „keine Versprechungen“ machen und „höchstens [...] etwas nachsteuern“. Der jüngste Vorschlag des Wirtschaftsministers wird vom Finanzminister umgehend abgelehnt. Dieses Ampel-Chaos kostet mitten in der Krise massiv Vertrauen und schürt Verunsicherung. Die Regierungsfähigkeit steht infrage. Dass die größte Volkswirtschaft des Kontinents in so einer erheblichen Frage nicht handlungsfähig ist, ist auch kein gutes Zeichen an die Industrie, in den Binnenmarkt hinein, an unsere europäischen Partner.

5. Wo bleibt die wirtschaftspolitische Linie dieser Ampelkoalition?

Alle energiepolitischen Maßnahmen müssen in eine Deutschlandstrategie eingebettet werden, die eine wirtschaftspolitische Wende für unseren Standort herbeiführt. Es geht generell um eine Politik für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Das von der Ampel angekündigte Belastungsmoratorium muss endlich umgesetzt werden – stattdessen gibt es zusätzliche Bürokratie und Auflagen auf allen Ebenen. Neben einer temporären Turboabschreibung für eine Investitionsoffensive und einer Unternehmenssteuerreform (Begrenzung der Gesamtbelastung auf 25 Prozent) braucht es eine große Lösung für den Arbeitsmarkt, die soziale Absicherung und größere Flexibilität (z.B. bei der Arbeitszeit) zugleich realisiert.

All diese Fragen brauchen eine zufriedenstellende Antwort, damit sich der Industriestrompreis in ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept einordnen lässt. Diese Antworten muss die Bundesregierung nun geben. Sonst vergrößert sich die sowieso schon enorme Unsicherheit für unseren Wirtschafts- und Industriestandort weiter.

Mit freundlichen Grüßen



Jens Spahn MdB